

Josef Schüßlburner
Sozialismusbewältigung

32. Teil: SPD akzeptiert DDR-Demokratie: Was besagt das SPD-SED-Dialogpapier angesichts der „Brandmauer gegen rechts“?

1.03.2025

SPD und die letztlich in mehreren Stadien, angefangen vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), aus ihr als linksfaschistische deutsche 68er Generation mit Mao- und Pol Pot-Bezug hervorgegangenen „Grünen“ -

s. Die deutschen 68er: Die eigentlichen Neo-Nazis? Plädoyer für die Bewältigung der Vergangenheit der wesensverwandten „68er“

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2021/09/SoziBwltg-VIII-68er.pdf>

um von der als Die Linke firmierenden SED mit antifaschistischem Schutzwall als Sonderdemokraten gar nicht erst zu sprechen - sind nachdrückliche Befürworter des virtuellen Mauerbaus von CDU / CSU gegen die Oppositionspartei Alternative für Deutschland (AfD).

Diese „Brandmauer“ läuft trotz grundsätzlich freier Wahlen in der BRD politisch auf etwas ähnliches hinaus, was in der diktatorischen DDR-Demokratie mit Hilfe einer Einheitsliste der „Demokraten“ bzw. „demokratischen Parteien“ (so das Vokabular nicht des Grundgesetzes, sondern der DDR-Verfassung von 1949, einer geschickten Linksmodifikation des zuvor erlassenen Grundgesetzes) erreicht worden ist: Die politische Linke bleibt immer an der Macht, ganz egal, was das Wahlvolk mehrheitlich will.

Und die CDU ist wieder mitläuferisch (oder mehr als das?) als Blockpartei des Linkskartells dabei wie schon in der DDR-Demokratie! Diese CDU darf zwar im Unterschied zur damaligen Situation der CDU in der DDR-Demokratie bzw. DDR-Diktatur (bei den Linken ist da doch kein so großer Unterschied) in dieser von der Verfassungsschutzkonzeption modifizierten BRD-Demokratie bei entsprechenden Wahlausgängen schon den Regierungschef stellen, aber dieser hat eine Politik zu machen, wie dies von SPD, Grünen und SED, eventuell mit Unterstützung durch eine kommunistische Plattform dann vorgegeben wird.

s. Die heimliche Verfassungskonzeption der deutschen VS-Linken (und Mitte?): Die DDR-Verfassung von 1949

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2024/03/Surrog8-DDRV49.pdf>

Für maßgebliche CDUler, wie Parteichef Fritz, scheint dies einkommensmachiavellistisch akzeptabel zu sein, weil damit immerhin das Einkommen ihrer Funktionäre gesichert bleibt und sich somit ein Wahlkampfeinsatz schon lohnt. Es macht dann für den Begünstigten schon einen realen Unterschied aus, ob er als CDUler das Minister- und ähnliches Einkommen bekommt und nicht der SPDler. Da gab es in der Tat in der DDR rigorosere Festlegungen zu Lasten der CDUler, womit für einen Wandervitz-CDUler bewiesen ist, daß die BRD ein freies Land ist, da für die CDU in der DDR nur marginale Posten vorbehalten waren, während in der BRD noch einige mehr in Aussicht stehen.

s. zu den CDU-Varianten: Verfassungsfeindliche Tendenzen innerhalb der Christdemokratie als DDR-Block- und BRD-Kartellpartei gegen rechts

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2021/08/C6neu.pdf>

Dialogverweigerung der SPD gegen rechts

Damit allerdings die CDUler nicht ohne Weiteres ihre Ministergehälter bei freien Wahlen bekommen, wird von sozialistischer Seite auch in der BRD vorgegeben, mit wem die CDU nicht koalieren darf, weil sich sonst der Unterschied der BRD-Demokratie zur DDR-Demokratievariante unabsehbar in Richtung politische Freiheit für den deutschen Wahlbürger vergrößern könnte, was nicht sein darf, weil sonst aus linker Sicht „die Demokratie“ gefährdet sein würde. Vor allem die SPD gibt dann der CDU vor, „Brandmauern“ gegen „Demokratiefeinde“ aufzuziehen.

Die CDU kann sich dabei nicht mehr mit dem Hinweis gegen die SPD wehren, daß diese die Brandmauer gegen den Linksextremismus schon seit längerem beseitigt hat, hat die CDU doch zugestimmt, daß diese Ex(?) -Kommunisten „Demokraten“ sind, die man für den „Verfassungsschutz“ braucht, zumal die Regierungsbildung der CDU in einigen Bundesländern nur noch mit kommunistischer Unterstützung möglich ist. Damit ist die CDU gezwungenermaßen Linkspartei, die sozialistischen Anweisungen gehorchen muß, was sie aber mittlerweile wohl freiwillig und gerne (wieder) macht.

S. Rückkehr des Sozialismus durch die Christdemokratie?

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2025/02/SoziBwltg-XVIII-CDU-Sozialism.pdf>

Die ersten Bausteine für eine derartige der CDU gegen rechts von der SPD und Linksextremisten anbefohlenen „Brandmauer“ stellt dann die Dialogverweigerung dar. „Soll man mit der AfD reden?“ So der Titel der nach Selbsteinstufung „linksliberalen“ Wochenzeitung „Die Zeit“ schon im Jahr 2016.

<https://www.zeit.de/2016/05/afd-landtagswahl-tv-debatte-dialog-contra>

Mit dem „man“, das diese (als Antwort und nicht als Frage gemeinte) Frage stellt, ist dabei vor allem die sozialdemokratische Führungsschicht und das von dieser wesentlich beherrschte gebührenzwangsfinanzierte sozialisierte bundesdeutsche Rundfunksystem gemeint.

Sozialisierte Meinungsfreiheit als Begleitinstrument des Parteiverbotsersatzsystems gegen rechts

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2023/09/Surrog10-SozialisMeingfr.pdf>

Bei diesem sog. „öffentlich-rechtlichen“ System weigerten sich SPD-KandidatInnen für den Posten eines Landes-Ministerpräsidenten, an Wahlkampfdiskussionen von Spitzenkandidaten teilzunehmen, zu denen auch ein Vertreter der seinerzeit noch neuen Oppositionspartei „Alternative für Deutschland“ (AfD) eingeladen worden war, die dabei damals noch nicht „vom Verfassungsschutz beobachtet“ worden ist. Bekanntlich diskutieren Sozialdemokraten, die in Deutschland zumindest ideologisch die Demokratie gepachtet haben, nicht mit Personen, die Organisationen vertreten, welche die selbsternannte Demokratiebewerberin SPD als „nichtdemokratisch“ einstuft und die sie aufgrund ihrer Macht über die Inlandsgeheimdienste der „Beobachtung“ zuführen will, wenn diese Rechtspartei die Toleranzgrenze dieser Demokraten von 5% allzu sehr strapaziert, was spätestens seit 2017 die AfD permanent macht: sehr gefährlich!

Diese „Beobachtung“ zur „Aufklärung“ hat der SPD-ideologische Inlandsgeheimdienst mit Hilfe der CDU-Blockpartei mittlerweile in der Tat herbeigeführt, so daß als „Argument“ für

Dialogverweigerung die gegen die Menschenwürde von Parteimitgliedern, Anhängern und Wähler gerichtete Phrase von der „rechtsextremen“ / „in Teilen rechtsextremen“ AfD angeführt werden kann: Durch Gedankenanalysen ermittelte Geheimdienstfeststellungen bestimmen in der BRD-Sonderform einer Demokratie, wer nicht ohne weiteres bei der sozialisierten Meinungsbildung auftreten darf und weiteres mehr bis zur Funktionsunfähigkeit von Parlamenten wegen Verachtung von „Demokraten“ gegenüber dem Ausdruck freier Parlamentswahlen gehend. Wahlentscheidungen sind unbeachtlich, soweit diesen die maßgeblichen Erkenntnisse der Inlandsgeheimdienste entgegenstehen. Geheimdienste entscheiden dann als Instrument der Polizeiministerien letztlich über die Regierungsbildung: ein bemerkenswertes Demokratiekonzept! „Demokratie“ ist dann natürlich wichtiger als demokratische Wahlen, was in der antifaschistischen DDR-Demokratie durch das Blockparteisystem von Demokraten sichergestellt wurde: dann konnten Demokraten von der Mehrheit der nichtdemokratischen Wählermehrheit nicht durch antidemokratische „Boykotthetze“ diskriminiert werden. Eine sicherlich immer noch erstrebenswerte Demokratieverwirklichung, meint die politische Linke.

Die Ausgrenzung Deutscher durch Dialogverweigerung

Diese Politik der Dialogverweigerung und Ausgrenzung von Deutschen im Zeitalter der umfassenden bundesdeutschen Weltintegration, d.h. der Islamintegration und der Integration illegaler Masseneinwanderung, ist bekanntlich nichts Neues. Der politische interessierte Leser wird sich vielleicht noch an die Fernsehnacht an dem Tag erinnern als die zwischenzeitlich (überwiegend) sozialdemokratischen Parteiverbotsverfahren zugeführte NPD bei einem Stimmenanteil, der seinerzeit einmal an den der Landes-SPD heranreichte, in den Landtag des Freistaates Sachsen eingezogen war. Die Vertreter der konkurrierenden „Demokraten“ - zu denen wie selbstverständlich der Vertreter der nunmehr als „Die Linke“ firmierende PDS-SED gezählt wurde - zogen sich von der Diskussionsrunde zurück und überließen es einer etablierten Journalistin, gegenüber dem NPD-Vertreter die Rolle einer ideologiepolitischen Staatsanwaltschaft zu spielen.

In dem Rückzug der Demokraten aus der Diskussionsrunde sollte zum Ausdruck gebracht werden: Demokraten führen mit Nichtdemokraten keinen Dialog, selbst wenn diese „vom Volk“ - wie es sonst so pathetisch heißt - gewählt worden sind. Diese „Demokraten“ sehen sich sonst der Gefahr ausgesetzt, ein „demokratisches Feigenblatt“ für Demokratiefeinde abzugeben, die von der extremistisch demokratiefreundlichen SPD als solche ausgemacht sind. Wenn dann die Dialogverweigerung aufgrund von Wahlergebnissen nicht mehr vollständig praktiziert werden kann, weil ja das internationale Demokratieimage als höchster Verfassungswert aufrechterhalten werden muß (deshalb die jüngste Empörung, ja Entsetzen über eine einschlägige Aussage des amerikanischen Vizepräsidenten in München zu Gefährdung der Meinungsfreiheit und damit der Demokratie in der BRD), dann ist der Mauerbau die Lösung, zumindest die Ausrufung von „Brandmauern“, die dann verhindern, daß sich freie Wahlergebnisse repräsentativ bei Gesetzgebung und Regierungsbildung zum Ausdruck bringen.

Was ist die Demokratiekonzeption der Sozialdemokratie?

Diese Haltung der Sozialdemokratie wirft folgende grundlegende Frage auf: Wie soll man es bei Anlegen eines derartigen Maßstabs, wonach SPDler nicht mit Nichtdemokraten diskutieren, bewerten, daß von 1984 bis 1989 Ideologen der SPD-Grundwertekommission mit SED-Ideologen von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der linksextremistisch-diktatorischen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) einen intensiven Dialog gepflegt haben? Handelte es sich bei den SED-Genossen, die ihr „allgemeines sozialistisches Zuchthaus“ (so die erstaunliche Voraussage von Reichskanzler v. Bismarck über die wahrscheinliche Folge der Verwirklichung zeitgenössischer sozialdemokratischer Programmkonzeptionen) mit Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl verwaltet haben, um „Demokraten“, mit denen die SPD natürlich gerne dialogisiert?

Was sagt es dann also über die sozialdemokratische Demokratiekonzeption aus, wenn es sich bei der SED als Staatspartei um mit der BRD-SPD diskussionsberechtigte „Demokraten“ gehandelt haben sollte?

Erklärt diese besondere sozialdemokratische Demokratiekonzeption, welche die DDR-SED für Demokraten hält, daß man mit Spitzenkandidaten einer rechts von der christdemokratischen Mitte angesiedelten Partei, welche zur praktischen Demokratieverwirklichung um Wählerstimmen kämpft, nicht ohne weiteres dialogisiert -allenfalls mit erheblichen Bauschmerzen, weil es zur Wahrung des Demokratie-Images dann irgendwann doch nicht anders geht? Was bedeutet es für die bundesdeutsche Demokratie, daß anstelle einer normalen Diskussion mit einer Konkurrenzpartei auf diese wegen unliebsamer Meinungsäußerungen der Geheimdienst angesetzt wird? Übrigens das wesentliche Herrschaftsinstrument des SPD-Dialogpartners SED zur Unterdrückung politischer Opposition! Bekanntlich (noch?) keine verfassungsfeindliche, vom Geheimdienst aufzudeckende Verschwörungstheorie: „Stasi“ sollte noch bekannt sein.

Bewertung des SPD-SED-Dialogs

In dem seinerzeitigen Dialogprozeß hat also nicht nur einmal oder gelegentlich ein SPD-Ideologe vor SED-Ideologen referiert, die noch mit dem großen Spezialdemokraten Stalin zusammengearbeitet hatten, um etwa die freiheitliche (?) SPD-Position gegenüber nicht frei gewählten Staatskommunisten klar zu machen, sondern dieser Sozialistendialog hat zu dem berüchtigten SPD-SED-Papier: „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ geführt.

Unbestreitbar hat damit die SPD auf einer ideologischen Ebene einen intensiven und intimen Dialog mit den Rechtfertigungsideologen eines totalitären kommunistischen Unterdrückerregimes gepflegt. Dessen Charakter kommt etwa dadurch zum Ausdruck, daß sich im Zeitraum dieses SPD-SED-Dialogs die für terroristische Organisationen zuständige Stasi-Hauptabteilung XXII/8 der DDR-Diktatur bzw. DDR-Demokratie dafür ausgesprochen hat, das bereits vorhandene „Hilfsnetz“ im Umfeld der links-terroristischen Roten Armee Fraktion (RAF), diesen „verzweifelten Theoretikern“, weiter auszubauen.

s. Jochen Staadt, Eine deutsche Waffenbrüderschaft. Die Rote-Armee-Fraktion (RAF) und der Staatssicherheitsdienst der DDR waren in vielerlei Hinsicht Brüder im Geiste. Doch nicht nur das. Ohne die Unterstützung durch die DDR wäre die RAF nie die Terrororganisation geworden, die sie in der siebziger und achtziger Jahren war, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5.10.2007, S. 12

Die SPD-Grundwertler schreckten also wirklich nicht davor zurück, für die SED ein „demokratisches Feigenblatt“ abzugeben!

s. Erich Hahn: SED und SPD. Ein Dialog. Ideologie-Gespräche zwischen 1984 und 1989, edition ost, Berlin 2002 mit Anhang: Der Streit der Ideologen und die gemeinsame Sicherheit, aus: Neues Deutschland vom 28.08.1987, S. 3

Wenn man aber davon ausgeht, daß SPD-Leute kein solches „demokratisches Feigenblatt“ abgeben wollen, da sie sich sonst nicht Diskussionsrunden mit Vertretern der politischen Rechten verweigern würden, kann man daraus nur schließen, daß die SED-Ideologen der DDR-Diktatur von den bundesdeutschen SPD-Leuten dann doch irgendwie als „Demokraten“ akzeptiert wurden. In der Tat ist im berühmten Dialog-Papier unter Kapitel II. 3. davon die Rede, daß zum „Beitrag des jeweiligen Gesellschaftssystems zur Sicherung des Friedens“ auch „die Entwicklung lebendiger Demokratie, die Verwirklichung und Weiterentwicklung der Menschenrechte in ihrer wechselseitigen Bedingtheit von sozialen, politischen und persönlichen (individuellen) Rechten“ gehöre. Unter Kapitel III. wird dann noch ausdrücklich hervorgehoben, daß „Sozialdemokraten und Kommunisten“ „für sich in Anspruch nehmen ... den Interessen der arbeitenden Menschen verpflichtet zu sein, Demokratie und Menschenrechte zu verwirklichen.“

Damit haben die SPD-Ideologen zugestanden, daß die Errichtung eines Staates mit „antifaschistischem Schutzwall“ und damit einhergehenden Schießbefehl gegen Deutsche, die dem sozialistischen Paradies entkommen wollten, zumindest vom „Bemühen“ zeugt, „Demokratie“ für die „arbeitenden Menschen“ (warum nur für diese?) zu verwirklichen! Damit ist das derzeitige Aufziehen einer antiparlamentarischen Brandmauer natürlich Demokratieverwirklichung, meint die SPD.

Dieses Zugeständnis der SPD an die SED stellt sich als durchaus folgerichtig dar, hatte doch der liberale Reichstagsabgeordnete Eugen Richter schon 1891 diese „DDR“ als Folge eines Wahlsieges der Bebel-SPD und der damit einhergehenden Umsetzung der seinerzeitigen SPD-Programmatik und Ideologievorstellung vorausgesagt, auch wenn er annahm, die Grenzflucht würde über die Schweiz stattfinden (unterstellte er doch einen Wahlsieg der SPD auf deutscher Reichsebene). Nach dem einschlägigen Wikipedia-Eintrag

https://de.wikipedia.org/wiki/Eugen_Richter#Sozialdemokratische_Zukunftsbilder

hat sich Ralph Raico, ein liberaler Historiker, bezüglich der Analyse von Richter über die seinerzeitige SPD-Programmatik wie folgt geäußert: „Richter vermochte ... mit bemerkenswerter Klarheit viele Eigenschaften einer marxistisch geprägten Staatsform vorauszusehen. [...] Richter sah auch voraus, daß der Versuch des Sozialismus, das gesamte Wirtschaftsleben auf zentraler Planung aufzubauen, allem Gerede über „Genossenschaften“ usw. zum trotz eine zentralisierte Lenkung durch den Staat erforderlich machen würde. So malte Richter in seinen kleinen Sozialdemokratischen Zukunftsbildern bereits ein getreues Bild dessen, was ganze Völker erst in qualvoller Erfahrung lernen mußten, daß nämlich das sozialistische Projekt die Zerstörung der Zivilgesellschaft zur Folge haben würde.“

Die „DDR“ stellt demnach schon eine legitime Möglichkeit der Verwirklichung des von der SPD vertretenen klassischen Sozialismus dar, der damals noch die späteren Kommunisten und auch noch einen anderen, von der heutigen SPD als besonders bewältigungsbedürftig

angesehenen Sozialismus-Zweig umfaßt hatte, was wiederum die SPD besonders bewältigungsbedürftig machen würde.

s. Zur Bewältigungsbedürftigkeit der Sozialdemokratie

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2024/05/SoziBwltg-III-SPDBewltg-1.pdf>

Im SPD-SED-Dialogzeitraum spielten dann in der Tat Vorstellungen wie die von Willy Brandt zum Genossen Erich Honecker geäußerte eine Rolle, wonach das Jahr 1918/19 - also die „Spaltung der Arbeiterbewegung“ - nicht das letzte Wort der Geschichte sein dürfe und (so eine Frage von Brandt an den Ungarn-Kommunisten Kadar) „ob man bei dem Trennungsstrich zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten von 1918 stehen bleiben müsse.“ Demnach hat auch Willy Brandt das Demokratiepotenzial der SED-Kommunisten erkannt, welches man durch Dialog fördern müßte.

Pseudoabgrenzung der SPD gegen Linksextremismus

Sicherlich wird im SED-SPD-Dialog-Papier ausgeführt, daß „beide Seiten“ in einem „bitteren Streit“ darüber lebten, wie etwa die gemeinsam als Absicht zugestandene Demokratie-Verwirklichung zu erfolgen habe, ein Streit, der dadurch verschärft würde, „daß beide oft mit denselben Begriffen verschiedene Inhalte verbinden“. So verstünden sich die Sozialdemokraten als Teil der westlichen Demokratie, innerhalb derer sie ihren „demokratischen Sozialismus“ verwirklichen wollten, während für „Marxisten-Leninisten“ die Bewältigung der „Eigentumsverhältnisse“ als „Fundament umfassender demokratischer Rechte“ entscheidend wäre.

Mit dieser „Klarstellung“ mögen SPDler sich einreden, sie hätten sich entschieden von Kommunisten abgegrenzt. Was würde man aber zu einem Dialog-Papier etwa zum Thema „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Staatsordnung“ sagen, das etwa zwischen SPD und NPD vereinbart würde, in dem beide Seiten hervorheben, daß sie unter „Sozialismus“ (sofern die NPD überhaupt so einen vertritt, was ihr aber SPDler unterstellen müßten) doch etwas Unterschiedliches verstünden, nämlich der eine etwas internationales und der andere etwas nationales? Die Antwort mag ja sein, daß ein derartiges Dialogpapier überhaupt nicht denkbar ist, was wiederum die Frage aufwirft, weshalb ein derartiges Papier zwischen Stasi-SED und Bundes-SPD dann möglich gewesen war. Bei Anlegen der Maßstäbe, die sich aus dem zur angeführten sächsischen Landtagswahl gezeigten Verhalten entnehmen lassen, müßte man bei einem SPD-NPD-Papier, mag darin auch noch so sehr die SPD-Position abgrenzend hervorgehoben sein, entsprechend dem ausgrenzend diffamierenden bundesdeutschen Politvokabular die SPD als „rechtsextremistisch belastet“ ansehen, was dann folgerichtig, also realiter angesichts des SED-SPD-Papiers zwingend zur Einschätzung hinsichtlich der SPD als „linksextremistisch belastet“ führen muß.

Soweit die SPD ihren Dialog mit den SED-Staatskommunisten damit gerechtfertigt hat, daß um des internationalen Friedens willen, der damals natürlich wegen US-Präsident Ronald Reagan (und nicht etwa wegen der sowjetisch-kubanischen Expansionspolitik in Lateinamerika und Afrika) gefährdet gewesen sein soll, die „Gemeinsamkeiten“ zwischen SPD- und SED-Leuten hätten eruiert werden müssen, dann müßte doch auch angenommen werden dürfen, daß die SPD dann doch noch mit der NPD ein derartiges Dialog-Papier abfassen würde, sollte die NPD über eine entsprechende, wie auch immer erlangte Machtposition verfügen. Dialog also eine bloße Machtfrage, von der abhängt, ob die SPD jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintritt?

Warum nicht DDR-Abschaffung?

Oder würde im Falle der NPD und vielleicht der AfD dann das vom DDR-Demokraten und maßgeblichen Mauerbauer Erich Honecker zur internen kommunistischen Rechtfertigung des SPD-Dialogs hervorgehobene Prager Manifest der SPD vom Januar 1934 gelten, mit dem die SPD zum revolutionären Sturz der Hitler-Diktatur aufgerufen hatte, was dann zumindest als Übergang nur diktatorisch hatte erfolgen können? Wenn aber der gewaltsame Sturz einer Diktatur richtig ist, sicherlich mit angemessenen Mitteln und bei Wahrung eines vertretbaren Risikos, was den Sturz der DDR-Diktatur in der konkreten historischen Situation der weltweiten Bündnissysteme in der Tat schwierig machte, warum hat die SPD dann im Dialog-Papier dieser SED-Diktatur aus - wohlgemerkt ideologischen Gründen - die Existenzberechtigung „ohne zeitliche Begrenzung“ zugesichert?

Die erkennbar verfassungstreue Position für eine verfassungstreue SPD wäre doch die Aussage gewesen, daß die SED-Diktatur verschwinden muß und ihr allenfalls „Reformfähigkeit“ zu attestieren wäre, wenn sie den Schritt zur Diktaturabschaffung im Rahmen der international vorgegebenen Möglichkeiten von sich aus vornehmen würde! Stattdessen wurde im Dialog-Papier festgehalten, daß „Kommunisten und Sozialdemokraten die Grundentscheidungen des jeweils anderen beachten, keine Feindbilder aufbauen, die Motive der anderen Seite nicht verdächtigen, deren Überzeugungen nicht absichtlich verzerren und ihre Repräsentanten nicht diffamieren.“

Wenn aber jemals der Begriff „Verfassungsfeind“, also ein im Einklang mit der Verfassung (Grundgesetz) stehendes Feindbild berechtigt war, dann doch im Falle der real unterdrückenden DDR-Kommunisten! Deren kommunistisch-linksextremistischen Motive brauchte man nicht zu verdächtigen, weil die verfassungsfeindliche Absicht, die sich etwa in der Unterstützung des gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichteten Links-Terrorismus ausdrückte (eine Tatsache, die man damals schon wissen konnte, wenn man wollte!), ohne Unterstellungen erkennbar war.

Gemeinsame Wurzeln von SPD und SED

Die sozialdemokratischen Abgrenzungen, die sich im SPD-SED-Papier finden, sind deshalb erkennbar als linksextremistische Pseudo-Abgrenzungen zu kennzeichnen, die das historisch völlig korrekte Verständnis gemeinsamer Wurzeln von Sozialdemokratie und Linksextremismus verschleiern sollten. In der Tat war die Formulierung vorgesehen: „Sozialdemokraten und Kommunisten sind in Europa geschichtlich aus derselben Wurzel hervorgegangen. Von daher fühlen sich beide dem humanistischen Erbe Europas verpflichtet.“ Aufgrund der Intervention des SPD-Präsidiums wurde dann dieser für das Selbstverständnis von SPD-Ideologen und Kommunisten sicherlich zutreffende Hinweis gestrichen und es findet sich in der Endfassung des Dialog-Papiers nur die Aussage: „Sozialdemokraten und Kommunisten fühlen sich beide dem humanistischen Erbe Europas verpflichtet.“ Als ob dies nicht auch schon schlimm genug ist: Die westdeutsche SPD gestand damit zu, daß der antifaschistische Schutzwall von der Verpflichtung auf das „humanistische Erbe Europas“ zeugt! Ein bemerkenswerter Humanismus! Ein „Humanismus“, der natürlich erst recht virtuelle „Brandmauern“ rechtfertigt, wenn nicht gar gebietet: Natürlich nicht gegen Kommunisten, sondern gegen demokratische Konkurrenz von rechts, die man dann schon irgendwie einsperren darf, wenn's gar nicht anders geht.

Konturen linksextremer Politik in der Bundesrepublik

Zu diesem „humanistischen Verständnis“ gehört natürlich, daß - so das Dialog-Papier - keine „Feindbilder“ in die Welt gesetzt werden. Wenn aber „Feindbilder“ aus SPD-SED-Sicht so schlimm sind, warum reduziert sich nunmehr, d.h. nach dem trotz des Dialogpapiers erfreulicher Weise erfolgten DDR-Untergang genuine Linkspolitik auf die Schaffung eines Feindbildes „gegen rechts“, wo mit Diffamierung und Unterstellungen wirklich nicht gespart wird? Allein der Vorwurf „rechtsextrem“ gegen rechtstreue Bürger stellt eine fundamentale Menschenwürdeverletzung dar; denn ein „Rechtsextremist“ ist nach dem gemeinsamen Verständnis von SPDlern und Kommunisten ein „Nazi“ und einem solchen wird Bereitschaft zum politische motiviertem Massenmord unterstellt. So gehen also BRD-Sozialisten mit politischer Opposition um: sicherlich Ausdruck eines besonderen „Humanismus“.

Wenn die SPD jedoch diesen Verdacht der bewußten Menschenwürdebekämpfung abwenden will: Warum führt denn dann zum Abbau derartiger Feindbilder die SPD keinen Dialog etwa mit der AfD, wie es ausnahmsweise und dabei durchaus anerkennenswerter Weise der leider schon verstorbene ehemalige SPD-Geschäftsführer Peter Glotz im Falle der NPD vorgemacht hat (allerdings in einem Privatfernsehsender und nicht bei einem der sozialisierten Kanäle)? Dieser führte einmal mit dem damaligen NPD-Vorsitzenden eine Fernsehdiskussion, wobei er seine SPD-Position durchaus überzeugend vertreten hat (was man vom NPD-Vorsitzenden hinsichtlich seiner Position nicht unbedingt sagen konnte). Durch die Ablehnung eines derartigen Dialogs, dessen Durchführung doch auch der Menschenwürdeverpflichtung selbst gegenüber NPD-Anhängern geschuldet sein müßte, bei gleichzeitiger Bereitschaft der SPD, einen derartigen ideologischen Dialog (und nicht etwa einen rein außenpolitisch erforderlichen) mit herrschenden Unterdrücker-Kommunisten zu führen, wird deutlich:

Die ideologie-politische Kooperationsbereitschaft zwischen SPD und Ex-SED, die nunmehr als DIE LINKE firmiert, ist schon zu DDR-Zeiten vorbereitet worden und wird nunmehr mit einem klaren, extrem diffamierenden Feindbild in der vereinigten Bundesrepublik Deutschland umgesetzt. Man ist versucht, die Frage zu stellen, ob denn nicht eigentlich die BRD einer reformkommunistischen DDR beigetreten ist, wo eine rechte politische Position wohl von vornherein nicht mehr vertreten werden kann.

s. dazu: Verbot, politisch rechts zu sein. Kann man in der Bundesrepublik Deutschland eine politisch rechte Position vertreten?

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2024/09/Surrog5-Rechtsseinverbot.pdf>

Der Begriff „rechtsextrem“ als staatliche Feindbildvokabel hat bei Verfassungsschutzideologen der SPD bereits annähernd den Inhalt, den der Begriff „faschistisch“ im Herrschaftsbereich des antifaschistischen Schutzwalls eingenommen hatte. Damit werden die während des SPD-SED-Dialogs gemachten SPD-Aussagen wie „Müssen nicht alle Menschen sagen, schreiben und machen dürfen, was sie wollen?“ (s. bei Hahn) als bloße Lippenbekenntnisse entwertet. Deutlich wird vielmehr bei der SPD, zumindest bei maßgeblichen Teilen derselben, die Rückkehr zu einem Freiheitskonzept der klassischen, d.h. überwiegend linksextremen SPD, das man nur als „eigentümlich“ (Miller) bezeichnen kann.

s. dazu Susanne Miller: Das Problem der Freiheit im Sozialismus. Freiheit, Staat und Revolution in der Programmatik der Sozialdemokratie von Lassalle bis zum Revisionismus-Streit, Frankfurt 1964

und zur VS-relevanten Einschätzung der SPD: SPD in den Verfassungsschutzbericht?
Würdigung der Sozialdemokratie nach VS-Methodik
<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2021/09/C5SPD.pdf>

Freiheit reduzierte sich dabei auf die Freiheit eines Kollektivs - nunmehr nicht mehr „Klasse“, sondern „Wertegemeinschaft“ - im Rahmen eines Gleichheitsverständnisses, das darauf hinausläuft, das jeder gleich denkt und gleich fühlt. Wer dies nicht tut, den betrachtet die SPD in Kooperation mit der LINKEN als „rechtsextrem“. Und derartigen Personen wird sehr wohl und sogar guten „demokratischen“ Gewissens das Recht bestritten, „sagen, schreiben und machen zu dürfen, was sie wollen.“ Und dies in der heutigen Bundesrepublik Deutschland und nicht in der glücklicherweise untergegangenen und damit eigentlich historisch widerlegten „DDR“!

Mit dem Bestreiten der Meinungsfreiheit, etwa durch mehr oder weniger gewaltsame Verhinderung von Parteitag einer Oppositionspartei, durch die Aufforderung zu Strafverfolgung, Disziplinarverfahren, ja Grundrechtsaberkennungen wegen „Gedankenguts“, welches der SPD-Linken und der Ex-SED nicht gefällt, wurden relativ schnell nach der von der Linke nicht gewollten deutschen Wiedervereinigung die Konturen linksextremer Politik durch die SPD deutlich. Zwar hat man zunächst noch eine gewisse Schamfirst eingehalten, aber schon zum Zeitpunkt, als die PDS noch als „linksextrem“ gelistet war und schließlich dann nur noch eine „Kommunistische Plattform“ ließen sich SPD-Regierungen schon von der ehemaligen Diktatur-Partei parlamentarisch unterstützen, um dann auch vor einer Regierungsaufnahme von Kommunisten nicht zurückzuschrecken. Die VS-Beobachtung und Auflistung der sozialistischen Diktaturpartei mußte dann natürlich demokratiekonform eingestellt werden - so viel zum Erkenntniswert dieser „die Verfassung“ angeblich „schützenden“ Staatsberichte! - und im Volksfrontbündnis (wie einst Koalitionen aus Sozialdemokraten und Kommunisten genannt wurden) der „Kampf gegen rechts“ erhöht werden.

„Verfassungsschutzberichte“, welche die SPD bei der Integration des (Ex?)-Kommunismus in den Verfassungsbogen der BRD kaum gestört haben, werden beim antifaschistischen Kampf gegen rechts auf Regierungsebene zur staatlichen Wahrheit ausgerufen, die sich der sozialisierte Rundfunk nicht mehr zu hinterfragen getraut (was er bezüglich des sog. „Radikalenerlasses“ überwiegend gegen links sehr wohl getan hatte). Den Bürgern wird aufgegeben, eigenes Nachdenken diesen Wahrheitsbehörden zu überlassen und sich insofern eine Gehirnprothese zuzulegen.

Wahrscheinliches Ergebnis dieser gegen rechts gerichteten Linkspolitik: der Weg in eine gesamtdeutsche DDR

Diese Linkspolitik, die der Christdemokratie erfolgreich „Brandmauern“ gegen Ergebnisse freier Wahlen aufzwingt und wodurch diese CDU zumindest faktisch und zunehmend auch ideologisch zur Variante einer Linkspartei mutiert,

s. Rückkehr des Sozialismus durch die Christdemokratie?
<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2025/02/SoziBwltg-XVIII-CDU-Sozialismus.pdf>

bereitet notwendigerweise, d.h. ideo-logisch fast zwingend, den Weg von der „wehrhaften Demokratie“ der Bundesrepublik Deutschland zur „kämpferischen Demokratie“ nach Muster

der „Deutschen Demokratischen Republik“, wie sich dies in der linksextremen Grundgesetz-Imitation der Verfassung der „DDR“ von 1949 rechtlich zum Ausdruck gebracht hat.

Die DDR-Verfassung von 1949 – Warnung vor einer linken Fortentwicklung des Grundgesetzes

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2021/07/VfgDisk9-DDR49.pdf>

Dies wirft dann die Frage nach der Einordnung des Dialog-Papiers zwischen der BRD-SPD und der diktatorischen DDR-SED auf: Bei Bewertung dieses Papiers nach den zur „Begründung“ der Brandmauern „gegen rechts“ vorgebrachten Argumentation macht dieses Papier nämlich deutlich, daß die SPD seinerzeit die SED als demokratisch angesehen hat, weil sie sonst keinen Dialog hätte pflegen dürfen, da die SPD doch keinen Dialog mit Demokratiefeinden pflegt. Dementsprechend hat die SPD, zumindest maßgebliche Kreise dieser Partei, die „Deutsche Demokratische Republik“ (die hieß wirklich so!) als Demokratie angesehen, zumindest als mögliche Demokratievariante der politischen Linken.

Diese Schlußfolgerung ist insofern naheliegend, weil sich die SPD-Einschätzung mit derjenigen eines CDU-Abgeordneten des Parlamentarischen Rates deckt, nämlich des Abgeordneten von Mangoldt, der den für die bundesdeutschen Demokratieverhältnisse zentralen Begriff der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ damit begründet hat, daß es eine Demokratie gebe, die frei sei und eine die weniger frei sei, nämlich die volksdemokratische. Gegen diese „Volksdemokratie“ sollte zwar der Begriff „freiheitliche demokratische Grundordnung“ die mit dem Grundgesetz zu errichtende bundesdeutsche Demokratie bei Aufhebung des alliierten Lizenzierungssystems abgrenzen, aber bei Inkaufnahme der Anerkennung des demokratischen Charakters der diktatorischen „Volksdemokratie“. Sicherlich als mögliche Option der Linken, sollte ein Parteiverbot gegen rechts zu spät kommen, so daß gegen die tatsächliche Parlamentsmehrheit die Demokratie nur noch volksdemokratisch „geschützt“ werden könnte. Diese DDR-Volksdemokratie wiederum hatte sich dann nach Gründung der „freiheitlichen“ BRD durch eine Verfassung zum Ausdruck gebracht, die eine juristisch kluge linksextreme Nachahmung des zuvor erlassenen Grundgesetzes für die BRD dargestellt hat. Damit hat die antioppositionell mit Brandmauern hantierende Linke ihre Verfassungsalternative, auf die man bei Bedarf zurückgreifen könnte (und dies ohnehin, wenngleich weitgehend unbewußt, aber der Ideo-Logik der sozialistischen Demokratiekonzeption folgend, schon faktisch so macht).

Deshalb ist es naheliegend, daß die politische Linke anstrebt, das Grundgesetz so auszulegen, und als Verfassungsrealität anzuwenden und nach Möglichkeit zu ändern, daß damit eine Annäherung an die „antifaschistische“ DDR-Verfassung erreicht wird, die eine von Wahlentscheidungen der Bürger unabhängige Vorherrschaft der politischen Linken etabliert. Das SPD-SED-Dialogpapier belegt diese Absicht der politischen Linken. Umgesetzt kann diese Absicht bei einer entsprechenden Interpretation und Anwendung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung als linksideologisches Konzept, das im Zweifel als Demokratieschutz die Aberkennung von Parlamentsmandaten erlaubt und dabei dem Wahlbürger entgegenhält, daß er sich von einer „undemokratischen Partei“ nicht parlamentarisch vertreten lassen darf: So das Bundesverfassungsgericht im Verbotsurteil „gegen rechts“.

s. Verbotsurteile gegen das deutsche Wahlvolk

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2025/02/VerbKrit4.pdf>

Damit ist im Zweifel auch eine dann nur noch diktatorisch mögliche Machtausübung der Minderheit von „Demokraten“ noch eine Demokratie, also genau das, wofür „Deutsche Demokratische Republik“ steht.

Der Ausschluß von rechts durch antiparlamentarische „Brandmauern“, antioppositionellen Staatsberichten, disziplinarrechtliche Verfolgung von oppositionellen Parteimitgliedern wegen „Gedankenguts“ etc. pp. stellt einen entscheidenden Schritt zumindest zur Annäherung an eine DDR-Demokratie dar, weil mit diesem Ausschluß von rechts als demokratische Option des deutschen Wahlbürgers die Synthese des demokratischen Rechtsstaats aufgelöst wird, die den ursprünglichen totalitären Demokratieansatz der politischen Linken in einen rechtsstaatlichen Rahmen gebracht hatte und erst dadurch der Begriff Demokratie zu dem geworden ist, als der er sich etwa seit Ende des 19. Jahrhunderts positiv darstellt. Durch die in Richtung Abschaffung des Mehrparteienprinzips gehende Rückkehr zur „totalitären Demokratie“ als Ausgangspunkt des modernen Demokratiekonzepts durch Etablierung einer demokratischen Einheitsmeinung, die geheimdienstlich etwa einen „Revisionismus“ verbietet, läßt sich dann auch eine deutsche demokratische Republik BRD errichten, die dann etwa als Deutsche Demokratische Republik BRD ausformuliert werden müßte.

s. dazu: Verfassungsschutz als Wegbereiter der „totalitären Demokratie“
<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2024/09/Surrog37-TotalVS.pdf>

Das Dialog-Papier von BRD-SPD und DDR-SED hat damit eine weitreichende Bedeutung bis zur antiparlamentarischen „Brandmauer“ der CDU / CSU gehend (auch wenn dies ein Fritz nicht begreifen will).

„Es gibt mir in Deutschland wieder zuviel DDR“ (Westerwelle)

Damit ist jedoch der Schritt von der BRD zu einer DDR bereits getan, wie der verstorbene FDP-Vorsitzende Westerwelle schon festgestellt hat. Allerdings ist dabei zu betonen, daß sich für diesen Weg nicht nur die Christdemokratie blockparteilich bereit hält, sondern eben auch die „Liberalen“, die ja als LDP auch als DDR-Blockpartei fungierten. Angesichts der Erkenntnis des FDP-Vorsitzenden Westerwelle, daß es - wohlgemerkt in der Bundesrepublik - Deutschland „zuviel DDR“ gibt, überrascht es nämlich, daß sich seine Partei an einem Projekt beteiligt hatte, DDR-Prinzipien verfassungsrechtlich zu verankern. Unter Mitwirkung der Landes-FDP ist nämlich die Verfassung von Mecklenburg-Vorpommern auf Initiative von Ex-SED, also der linkextremistischen (VS-Vokabel) „Linken“, und bundesdeutscher Gewerkschaften in Richtung DDR geändert worden: „Handlungen, die geeignet sind, das friedliche Zusammenleben der Völker oder der Bürger Mecklenburg-Vorpommerns zu stören, und insbesondere darauf gerichtet sind, rassistisches oder anderes extremistisches Gedankengut zu verbreiten, sind verfassungswidrig.“

Das damit ausgesprochene Verbot von „Gedankengut“ bedeutet, daß die Garantie der Meinungsfreiheit in Zukunft - noch mehr als bisher ohnehin schon - so verstanden werden muß, wie dies in Artikel 27 der diktatorischen kommunistischen Verfassung der DDR-Demokraten Ulbricht und Honecker von 1968 / 1974 verankert gewesen ist. Danach hat der „Bürger das Recht (gehabt), den Grundsätzen dieser Verfassung gemäß seine Meinung frei und öffentlich zu äußern.“ Eine derartige Bestimmung schafft das von „Demokraten“ so verehrte Prinzip der Volkssouveränität ab, das eine unbegrenzte Kritik an der Verfassung erlauben muß, weil nur dann „Verfassung“ etwas darstellt, das sich auf „das Volk“ zurückführen läßt: Gedankengut kann deshalb nicht verboten werden.

Wenn aber umgekehrt „Verfassung“ dem Volk vorschreibt, was es sagen und denken darf, dann muß notwendiger Weise ein ideologischer Zirkel die Macht ausüben, was sich dann als „Demokratie“ ausgibt. Selbst wenn dieser oligarchische Zirkel (neben Parlamentsfraktionen) aus Richtern bestehen wird, ist damit der Schritt zu einem Ideologie- und letztlich Glaubensstaat vorgegeben, weil eine derartige Bestimmung unvermeidbar die für den Rechtsstaat zwingend gebotene Unterscheidung zwischen einem Juristen und einen Theologen / Ideologen beseitigt. Da sich in der längsten Zeit der Menschheitsgeschichte politische Herrschaft religiös begründet hat, ist die notwendige Unterscheidung zwischen Theologen / Ideologen und Juristen immer gefährdet. Den Unterschied hat der SPD-Rechtsphilosoph Radbruch dargelegt, indem er sinngemäß ausführte: Wir verehren den Richter, der wider seine Überzeugung dem Gesetz gemäß Recht spricht und wir verachten den Priester, der wider seine Überzeugung predigt. Diese bedeutet: Ein Christ, der die Auferstehung Jesu bestreitet, verletzt seine Religion. Ein Bürger, der bekennt, er glaube nicht an die Gleichheit der Menschen und halte Rassenunterschiede für gegeben, verletzt dadurch gerade nicht die Verfassung, mag diese auch den Staatsorganen eine Rassendiskriminierung verbieten. Diese Differenzierung, die Kern der Trennung von Staat und Religion / Ideologie darstellt, ist Ideologen schwer verständlich, aber zur Wahrung der politischen Freiheit notwendiger Weise geboten, gerade weil die nicht-religiös oder nicht-ideologische Herrschaftsbegründung in der Menschheitsgeschichte sich so exzeptionell darstellt.

Sollte „extremistisches Gedankengut“ im Sinne der mecklenburgischen DDR-Imitation bedeuten, daß damit eine freiheitsfeindliche Auffassung gemeint ist, dann stellt sich das Vorhaben der aus Ex-SED, SPD, CDU und - entsetzlicher Weise - FDP bestehenden Verfassungskoalition als „extremistisch“ dar, d.h. diese Landesparteien wären konsequenter Weise entsprechend der Parteiverbotskonzeption des Demokratie-Sonderwegs BRD zu verbieten, was natürlich nicht möglich ist, weil ja die demokratiefeindlichen Demokraten die Macht haben: Was zeigt, worauf es beim „Verfassungsschutz“ wirklich ankommt. Zu berücksichtigen ist dabei, daß die Ulbricht-Honecker-Verfassung aus der antifaschistischen DDR-Verfassung von 1949 als Zwischenschritt hervorgegangen ist, die formal eine ziemliche Ähnlichkeit mit dem kurz davor erlassenen Grundgesetz aufgewiesen hat. Um zu neuen Formen kommunistischer Herrschaft zu kommen, muß man also den Schritt über den „Antifaschismus“ gehen. Die mecklenburgische DDR-Imitationsklausel stellt den Ersatz der ursprünglich von der Ex-SED vorgeschlagenen Antifa-Klausel dar. Es erschreckt, daß sich diesbezüglich CDU und Liberale wie schon zu Beginn der DDR-Diktatur wieder als Mitläufer zeigen, anstatt dem Konzept der „wehrhaften Demokratie“ der Bundesrepublik entsprechend die Frage eines Verbotsverfahrens gegen die Ex-SED aufzuwerfen, die doch mit ihrer Antifa-Konzeption deutlich macht, daß sie, wenngleich in etwas modifizierter Weise, die DDR wieder begründen will.

So etwas ist auch in Thüringen versucht worden, wozu der Verfasser als von der Oppositionspartei berufener Sachverständiger Stellung bezogen hat: Konkurrierende Verfassungsvorschläge für Thüringen: Linke Antifa-Klausel von SED-SPD und Grüne oder Anti-Extremismus-Klausel der CDU gegen rechts – Stellungnahme gegenüber dem Landtag des Freistaates Thüringen als Ersatz für eine fehlende Verfassungspolitik von rechts

<https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2021/07/StlggnDrs.-7-897-1628-Antifa.pdf>

Oder liegen die Kommunisten richtig, die sich bekanntermaßen immer für das Grundgesetz ausgesprochen haben, obwohl ihre Partei einst aufgrund dieses Grundgesetzes verboten worden

war, daß nämlich der konzeptionelle Unterschied zwischen „wehrhafter“ BRD-Demokratie und „kämpferischer“ DDR-Demokratie doch nur ein gradueller ist und sie als Repräsentanten der konsequenteren Demokratieschutzversion die entschiedenen Vertreter der ersteren Verbotsversion darstellen?

Das „zuviel DDR“, das nach Erkenntnis des damaligen FDP-Bundesvorsitzenden bereits die bundesdeutsche Rechtswirklichkeit prägt, könnte in der Tat dafür sprechen, daß die Ex-SED Recht hat. CDU und FDP würden sich sonst nicht so „antifaschistisch“ vor sich hertreiben lassen. Aus dem Schicksal der entsprechenden Blockparteien haben sie wohl nichts gelernt, weil ihnen die Ex-SED immer eine andere Bewältigungsaufgabe als maßgebend stellt. Dies dürfte der eigentliche Sinn des „Kampfes gegen rechts“ sein!

Dieser Krampf gebietet als Fortsetzung des SPD-SED-Dialogpapiers und Aufhebung der Spaltung der „Arbeiterklasse“ den Weg in den gemeinsamen Sozialismus, „Volksdemokratie“ genannt.

Hinweis:

Der vorliegende Beitrag geht auf den Artikel **Das SPD-SED-Papier: Sozialdemokratischer Dialog** zurück, veröffentlicht in der 77. Ausgabe der Zeitschrift *eigentümlich frei*, auf Seite 51 ff. Diese Zeitschrift hatte damit dem Verfasser die Möglichkeit eingeräumt, gegen die zweite von insgesamt drei gegen ihn gerichtete Bundestagsanfragen der Fraktion der ehemaligen SED indirekt Stellung zu beziehen.

Diese SED-Anfrage war gegen „Gedankengut“, also die Ausübung der Meinungsfreiheit gerichtet, wobei in Frageform gekleidet, wegen unerwünschten Gedankenguts gegen den Verfasser Strafverfahren, Disziplinarverfahren und Grundrechtsverwirkung gefordert wurden: Damit wird deutlich, was die politische Linke von der Meinungsfreiheit hält. Ein „Müssen nicht alle Menschen sagen, schreiben und machen dürfen, was sie wollen?“, sicherlich nicht, zumindest wenn es nicht um eine Variante einer linken Meinung geht.

Dieses linksextreme Verhalten muß sich die mit Linksextremen dialogisierende SPD deshalb zurechnen lassen, weil die extremistische Bundestagsanfrage der Ex-SED mit einem Schreiben begründet ist, das ein SPD-MdB an alle Bundestagsabgeordneten gegen den Verfasser gerichtet hatte. Diesem SPD-Abgeordneten hatte nicht gepaßt, daß eine burschenschaftliche Veranstaltung über Meinungsfreiheit in Landau in der Pfalz bei prominenter Mitwirkung des Verfassers nicht hatte verhindert werden können.: Es hätte ja Meinungsfreiheit ausgeübt werden kann, was nach SPD-Ansicht die Staatsordnung erschüttert.

Die Zeitschrift *eigentümlich frei* hat sich zu diesem Vorgang mit einem Beitrag von Kaspar Rosenbaum: Josef Schußlburner. ef-Autoren sollen Grundrechte aberkannt werden. Im Bundestag wächst zusammen, was zusammengehört, in: *eigentümlich frei* 77, S. 37 ff. für den Verfasser eingesetzt.

Die vorliegend genannten Vorgänge sind eingehend behandelt in der gerade erschienen politischen Biographie des Verfassers

Als Rechtsabweichler im Ministerium.

Befragung zu besonderen Demokratieerlebnissen

<https://www.gerhard-hess-verlag.de/>

